

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 46 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile für vier deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon
Redaktion 2552

Telephon
Expedition 2537

Nr. 6.

Danzig, den 17. Januar 1912.

3. Jahrgang.

Unser Siegestag.

4 1/2 Million sozialdemokratische Wähler.

Überall im Reiche, am stärksten naturgemäß in den Industriebezirken, aber in bemerkenswerter Weise auch in ländlichen Wahlkreisen ein gewaltiger Vormarsch der Sozialdemokratie, das ist die Signatur des 12. Januars 1912.

Nach den vorliegenden Meldungen stieg bei der diesjährigen Reichstagswahl die Stimmenzahl der Sozialdemokraten auf rund 4 225 000. Da bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 3 259 020 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, so beträgt der sozialdemokratische Stimmenzuwachs annähernd eine Million.

Das Resultat ist kein endgültiges. Vermutlich wird nach dem amtlichen Resultat der Zuwachs der Stimmen eine Million betragen.

Über 65 Mandate verfügt die Partei nach dem ersten Wahlgang. In 121 Kreisen kämpft sie in der Stichwahl; in 186 Bezirken also steht die Sozialdemokratie an erster oder zweiter Stelle.

65 Mandate in der Hauptwahl gegen 29 im Jahre 1907! Und selbst 1903, in dem Jahre unseres großen Sieges über die Zollwuchermehrheit, hatten wir in der Hauptwahl nur 53 Mandate erobert! Diese Siege aus eigener Kraft, sie zeugen am besten von der gewaltig gesteigerten Macht der Partei.

Und was die Bedeutung der Zahlen noch erhöht, ist die Tatsache, daß unser Vormarsch im Ganzen und Großen ein gleichmäßiger war. Wo sozialdemokratischer Kampf überhaupt möglich ist — und als einzige Partei haben wir in allen 397 Kreisen des Reiches unsere Kandidaten aufgestellt —, da sind wir vorwärts gekommen, vorwärts gekommen gegen alle bürgerlichen Parteien, ob clerikal, konservativ oder liberal.

Die Kosten der Wahl bestreiten zunächst die konservativen Gruppen, vor allem die Freikonservativen, die Antisemiten und die Wirtschaftliche Vereinigung. Sie haben jetzt 35 Mandate inne gegen 103 im früheren Reichstage. Sie sind allerdings an 76 Stichwahlen beteiligt, aber wenn die Liberalen den Mut ihrer Ueberzeugung und eine Spur von politischer Bernunft besitzen, können sie in den Stichwahlen zu einer kleinen Gruppe reduziert werden. Die konservativen Stimmen zeigen zudem fast überall eine Abnahme, die sich in manchen Kreisen bis zu einer völligen Flucht der Wähler gesteigert hat.

Das Zentrum verfügt über 81 Mandate gegen 103 im alten Reichstag. Es ist an 31 Stichwahlen beteiligt. Es hat seinen Bestand besser behaupten können als die Konservativen; es ist auch durch die soziale Struktur seiner Wahlkreise noch besser gegen Angriffe geschützt. Über das Stimmenverhältnis läßt sich noch nichts Definitives sagen; es scheint allerdings, daß das Zentrum keine neuen Wähler mehr für sich gewinnen konnte und höchstens seine alte Zahl behauptet hat.

Die Liberalen haben bei der Hauptwahl diesmal noch weniger Mandate geholt als 1903. Von den Fortschrittlichen ist keiner, von den Nationalliberalen sind vier gewählt; die ersteren haben 53, die letzteren 64 Stichwahlen auszufechten. Im letzten Reichstag verfügten sie über 100 Mandate.

Überblickt man die Gesamtsituation, so kann gesagt werden, daß es durchaus möglich wäre, die Schwarzblauen in die Minorität zu drängen. Die Liberalen mühten dann allerdings den nötigen Mut und die nötige Disziplin aufbringen, um dort, wo Sozialdemokraten gegen Konservativen und Klerikale stehen, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Tun sie es nicht, dann wird all ihr Kampfgedröhn gegen den schwarz-blauen Block gewertet werden müssen als Täuschung und Irreführung. Weigern sie sich, das von ihnen in tönenden Worten so oft Gelobte nun in die Tat umzusetzen, dann entlarven sie sich selbst als Helfershelfer der klerikal-konservativen Reaktion, die von den Volksmassen ebenjo unerbittlich zur Rechenschaft gezogen werden, wie jene.

Kurze Zeit kennt uns von den Stichwahlen. Die Sozialdemokratie wird alles daran setzen, um durch unermüdete Arbeit die Stärke der Fraktion zu vergrößern und der Reaktion so viel Abbruch zu tun als in ihrer Kraft liegt. Sie wird ihre Pflicht tun im Kampfe für das Recht und die Wohlfahrt des Volkes und im Bewußtsein ihrer Stärke ruhig abwarten, wie ihre Gegner handeln werden. Der Wahltag hat uns gezeigt, daß wir gerüstet sind für alle Schicksale, die der Gang der Geschichte uns zu bestimmen bestimmt.

Gewählte Sozialdemokraten.

Berlin 2: Fischer. Berlin 3: Pfannkuch. Berlin 4: Büchner. Berlin 5: Schmidt. Berlin 6: Ledebour. Niederbarnim: Stadthager. Teltow-Peckow: Zubeil. Hamburg, 1. Kreis: August Bebel. Hamburg, 2. Kreis: Heinrich Dieck. Hamburg, 3. Kreis: Wilhelm Reichger. Ritzow-Stormarn: C. Fröhme. Rügen: Dr. Südekum.

Stuttgart: Gildenbrand. Blauhau-Meerane: Molkendühr. Leipzig-Land: F. Geier. Chemnitz: Roske. Zwickau-Crimmitschau: A. Stolle. Stolberg-Schneeberg: Schöpflin. Mittweida: Stücken. Calbe-Aschersleben: Albrecht. Waldenburg: Sachse. Mannheim: Dr. Frank. Solingen: Scheidemann. Mülhausen: Emmel. Lübeck: Th. Schwarz. Dresden-Land: Georg Horn. Dresden-Neustadt: August Kaden. München 2: Georg v. Dollmar. Halle: Kunert. Speyer: Binder. Jöhann-Gelena: Göhre. Cannstatt-Ludwigsburg: Kell. Dieburg-Offenbach: Ulrich. Mainz: David. Straßburg-Stadt: Böhle. Hannover: U. Bren. Königsberg-Stadt: Haase. West-Savelland: Peus. Stettin-Stadt: Vogtherr. Breslau-West: Bernstein. Magdeburg: Landsberg. Wanzleben: Silbermann. Naumburg-Beitz: Thiele. Erfurt-Schleusingen: S. Schulz. Jittau: E. Fischer. Annaberg-Eibenstein: Grenz. Braunschweig: Bios. Sonneberg-Saalfeld: Reißhaus. Schwarzburg-Rudolstadt: Hofmann. Reuß i. L.: Wurm. Reuß a. O.: Förster. Bremen: Henke. Sachsen-Gotha: Bod. Pirna: Kühle. Langenbielau: Kühn. Darmstadt: Quessel. Döbeln: Pinkau. Meißen: Schmidt. Hof: Simon. Erlangen-Fürth: Segitz. Kirchberg-Auerbach: Lensch. Holzgärten: Ulrich. Randow-Breisenhagen: Körsten. Kiel-Rendsburg: Regien.

Sozialdemokratische Stichwahlen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten steht die Sozialdemokratie in 121 von 197 Kreisen in Stichwahl, und zwar in 18 Kreisen mit Konservativen, 12 Kreisen mit der Reichspartei, 31 Kreisen mit der Fortschrittlichen Volkspartei, 38 Kreisen mit Nationalliberalen, 10 Kreisen mit dem Zentrum, 1 Kreis mit Polen, 7 Kreisen mit der Wirtschaftlichen Vereinigung, 4 Kreisen mit Wilden.

Bewinn und Verlust der Parteien.

Parteien	Bisherige Parteistärke	Endgültig gewählt	Darunter Gewinn	Verlust	In Stichwahl
Konservative Reichspartei	55	26	2	9	48
Deutsche Reformpartei	29	5	2	9	19
Wirtschaftliche Vereinigung, und zwar:	3				3
Deutschsozial	5			2	4
Christlichsozial	2	1			3
Bund der Landwirte	4	2	1		2
Sonstige	7			5	3
Zentrum	103	81	1	7	29
Polen	20	15			10
Nationalliberale	51	4	2	15	67
Fortschrittliche Volkspartei	49			11	57
Demokratische Vereinigung	—				1
Sozialdemokraten	53	64	25	2	120
Elfässer	5	5	2	1	2
Liberalen Elfässer	—				—
Bohringer	3	1			2
Welfen	1			1	5
Dänen	1	1			—
Unbestimmt (Wilden)	6	1	1	4	9
Summe	397	206			382

Die Internationale sendet Glückwünsche.

Der prächtige neue Vormarsch der deutschen Sozialdemokratie auf der ganzen Linie weckt in allen Ländern, wo unsere Arbeitsbrüder mit uns fühlen und denken, freudigen Stolz und hellen Jubel.

Wir lassen die bisher eingegangenen Glückwünsche folgen:

Herzliche Glückwünsche zu Eurem prächtigen Siege.
Das Internationale Sozialistische Bureau.
Anseele, Vanderveide, Furumoni, Hugsman.

Der stärksten Kampftruppe der proletarischen Internationale zu ihrem glänzenden Erfolge unsere herzlichsten Glückwünsche. Für die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich: Winarsky.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat Eurem Kampfe mit Spannung verfolgt. Euer Sieg löst Freude und Jubel aus. Vorwärts in die Stichwahl!

Für den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs: Seig.

Wir beglückwünschen die Sozialdemokratie Deutschlands zu ihrem herrlichen Siege, der auch uns zu weiterem Kampfe anspannen wird. Hoch der Vorkämpfer der internationalen Sozialdemokratie.

Parteireferent der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Brünn: Werta.

Die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei beglückwünscht Euch zu Eurem herrlichen Siege und wünscht Euch auch für den Tag der Stichwahl vollen Erfolg.

Wollzugsauschuß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Redaktion Praso Vidu, Prag.

Den siegreichen Klassengenossen Deutschlands zu ihrem herrlichen Erfolge beste Glückwünsche.

Kreisleitung und Redaktion „Volksbote“, Bodenbach-Böhmen.

Aufs höchste erfreut ob des glänzenden Erfolges der prinzipiellen sozialdemokratischen internationalen Politik beglückwünschen Euch zu dem triumphalen Siege
Herausgeber und Redaktion des zentralistischen Tagblattes „Delnicy Dennit“, Wien.

Ein donnerndes Hoch dem roten Deutschland senden
Polke, Bever, Reichsratsabgeordnete, Wien.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz überbringt den deutschen Genossen begeisterte Grüße und Glückwünsche zum herrlichen Sieg.

Stude, Parteipräsident.

Die Britische Arbeiterpartei sendet Euch ihre herzlichsten Glückwünsche zu Eurem Erfolge. Diese sind von guter Vorbedeutung für alle Freunde des Friedens und der internationalen Solidität.

Ramsay Macdonald.

Die sozialistische Parteivertretung von Manchester beglückwünscht Euch zu dem Erfolg bei den Wahlen.

Die sozialistische Gruppe der französischen Kammer beglückwünscht Euch herzlichst zu Eurem Siege. Der Sieg des sozialistischen Deutschlands ist auch der Sieg des internationalen Sozialismus; die Stichwahlen werden ihn vervollständigen.

Mit brüderlichen Grüßen
Baillant.

Die sozialistische Partei Belgiens sendet der deutschen Sozialdemokratie ihre Glückwünsche zu dem großartigen Wahlerfolge. Es lebe die Sozialistische Internationale.

Bandermissen, Sekretär.

Die sozialistische Schule in Sprimont und Lehrer Ch. Rappoport gratulieren der Bruderpartei zum glänzenden Sieg. Es lebe die Internationale!

Schinner, Deputierter der belgischen Arbeiterpartei.

Freudige Glückwünsche zum glänzenden Vorstoß gegen die herausfordernde Reaktion wie gegen die bürgerliche Unerbittlichkeit. Hoch das führende stärkste Armeekorps der Internationale, die Viermillionerpartei des deutschen arbeitenden Volkes!

Für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens: Branting.

Hoch der Sieg! Hoch die deutsche Sozialdemokratie!

Russische sozialdemokratische Arbeiterzeitung „Pravda“.

Der deutschen Sozialdemokratie zu dem gewaltigen Kampfe und dem herrlichen Siege unsere herzlichsten Glückwünsche. Der Sieg der deutschen Sozialdemokratie wird auch das russische und das lettische Proletariat zu neuen Kämpfen anspornen.
Ausländisches Komitee der Sozialdemokratie Lettlands.

In Westpreußen.

Der Ausfall der Reichstagswahl in Eibing-Marienburg.

Nach einem beispiellos heftigen Wahlkampf ergab sich nach vorläufiger Feststellung am 12. Januar folgendes Resultat:
Es erhielten Stimmen:

Crispien 8132,
Oldenburg 10 560,
Schröder 8190.

Demnach muß zwischen Oldenburg und Schröder eine Stichwahl vorgenommen werden.

Die Sozialdemokratie hat von 6 838 Stimmen im Jahre 1907 auf 8132. Die Zunahme beträgt 1294 Stimmen.

Die agrarischen Konservativen und das Zentrum, die diesmal isoliert zusammengingen, zählten 1907 insgesamt 16 174 Stimmen. Ihr Verlust beträgt 5 014 Wähler. Das ist die Ursache für die Politik der Oldenburger. Oldenburg selbst vermochte sich nur noch mit Zentrumshilfe in die Stichwahl zu retten.

Die „Vaterländischen“ verdanken es einem Zufall, daß sie mit einem Mehr von 58 Stimmen anstelle der Sozialdemokratie in die Stichwahl kommen. Ihre Hoffnung, in der Hauptwahl glatt zu liegen, wurde dadurch zu scheitern zu bringen, daß sich die festgefugte Allianz der Sozialdemokratie auch durch die verzweifeltsten Anstrengungen nicht erschüttern ließ. Unsere Gegner rechneten nach uns gewordenen zuverlässigen Mitteilungen damit, daß die Sozialdemokratie 2000 bis 3000 Stimmen weniger als 1907 bekommen und daß Schröder dafür 15 000 bis 16 000 Stimmen erreichen würde. Der Ansturm der „Vaterländischen“ schien allen Oberflächlichen so gewaltig, daß sie von ihm ein völliges Niederwerfen sämtlicher politischer Gegner erwarteten. Gewaltig war der „vaterländische“ Ansturm. Nur faßte er sich nicht auf feste Prinzipien und klare Grundzüge und Ziele, sondern auf nationale und religiöse Verheißung, auf Fasel und Terrorismus, auf Demagogie und heimtückischen Schwindel. Der Alkohol floß woderlang in Strömen, wo es galt, vaterländisches Stimmvieh zu kapern. Der Fasel schuf „vaterlandsbegeisterte Männer“, welche die Sozialdemokratie zusammenhauen sollten. Zahlreiche Leute, sogar Galizier, berichten uns in bestimmter

Zuverlässigkeit des Heeres immer mächtiger aufdrängt. Heeresprobleme und Heeresreformen sind daher lange und oft erörterte Fragen militärischer Sachverständiger. Und gerade heute sehen wir, daß diese wichtigen Fragen in England wie in Frankreich, Rußland und anderen imperialistischen Mächten mehr und mehr in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Auch Deutschland erhebt in diesem internationalen Konzert seine Stimme.

Demnächst wird eine Broschüre des Generalmajors z. D. von der Lippe erscheinen, die betitelt ist: „Gedanken über eine neue Wehrverfassung“. Nach allem, was bisher in der bürgerlichen Presse über diese Schrift bekannt geworden ist, verdient sie unsere besondere Beachtung, vor allem deswegen, weil sie, abgesehen zunächst von einem Wust politisch-reaktionärer Tendenzen, eine ganze Reihe praktischer Vorschläge enthält, die sich eng mit der Gegenwartsforderung berühren, die in Punkt 3 unseres Programms aufgestellt ist: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.

Die Vorschläge des Generalmajors v. d. Lippe über die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit sind sehr weitgehende. Die militärische Erziehung soll in der Volksschule beginnen, in der Fortbildungsschule fortgesetzt werden, um im Heer ihren vorläufigen Abschluß zu finden. Allerdings versteht der Generalmajor unter „militärischer Erziehung“ nicht den heutigen verblöbenden Kasernendruck. Er fordert vielmehr — in völliger Uebereinstimmung mit unserer Forderung — eine allseitige, naturgemäße körperliche Ausbildung durch alle nur denkbaren Bewegungsmöglichkeiten. Er verwirft den heutigen Schulunterricht ebenso, wie den elenden Kasernendruck. Selbst für die spätere Ausbildung verweist er dieses Musterinstitut zur Züchtung des Kadavergehorsams und einseitigster Körperdrehsur grundsätzlich.

In konsequenter Verfolgung seiner Gedanken über die Heranbildung einer wirklich wehr- und leistungsfähigen Truppe laudet der Generalmajor z. D. v. d. Lippe bei der Miliz. Bei der neunmal verneinten Miliz! Verneinen des wegen, weil sie eine Forderung der Sozialdemokratie ist. Herr v. d. Lippe hat eine ebenso gründliche wie scharfsinnige Kritik an der bestehenden Heeresverfassung. Nach seiner Ueberzeugung wird eine Mobilmachung den Mächten höchst peinliche Ueberraschungen bereiten. Vor allem steht er der Leistungsfähigkeit des Offizierkorps sehr skeptisch gegenüber. Er schreibt wörtlich:

Man darf nicht verkennen, daß so manches junge Bäckchen mit unterläßt, bei dem weder Mars noch Pallas-Athena Vaterdienst leisteten und das zum Soldaten paßt, wie der Jagel zum Taschentuch. In andern Kreisen, besonders des wohlhabenden Bürgertums, der Juwelen- und Industrie wird häufig genug aus äußerlichen Gründen, oder weil der Knabe Karl in der Schule versagte, die Offizierkarriere gewählt. Eine Menge sehr tüchtige Elemente aber steht abseits oder wird zurückgewiesen, weil die Betreffenden die nötige Vorsicht in der Wahl ihrer Eltern, Großeltern, Onkel, Tanten usw. außer acht gelassen hatten.

Das Offizierkorps als Versorgungsstätte für verachtete Eigenschaften von einem aktiven Generalmajor öffentlich an den Pranger gestellt! Was soll von solchem „Bäckchen“ im Ernstfalle erwartet werden!

Alle jene wohlüberlegten und wohlbedachten Gründe führen Herrn v. d. Lippe mit Notwendigkeit zur Miliz und damit zur Aufhebung der völligen Volkserziehung, die das Charakteristikum aller stehenden Heere ist. Er sagt: die neue Wehrverfassung muß bis ins kleinste territorial ausgebeugt sein, das heißt die Mannschaften sind in der Landschaft zu belassen, aus der sie stammen. Das hat den Vorteil, daß sie mit den lokalen Verhältnissen besser vertraut sind, Land und Leute kennen und ihren Führern, die selbstverständlich aus ihrer Mitte hervorzugehen haben, näher stehen. Ganz unsere Meinung. Jeder wehrfähige Mann soll seine Pläne im Hause haben und sozialer Munitio, als nötig ist, um „Aug“ und Hand für's Vaterland erfolgreich üben zu können. Ganz unsere Meinung. Und nichts würden wir mehr begrüßen, als daß diese Forderungen so bald wie möglich erfüllt würden. Die heutige Heeresverfassung ist längst auf einer Stufe der Entwicklung angelangt, wo alle ihre spezifisch militärischen, volksfeindlichen Einrichtungen einem zersetzenden dialektischen Prozeß unterworfen sind; wo das Gegenteil von dem erreicht wird, was man durch Körper- und Geistesdrill beabsichtigt. Die moderne Waffentechnik, die Kriegführung erfordert die weitgehendste individuelle Bewegungsfreiheit des einzelnen Soldaten. Aber eben diese Bewegungsfreiheit wird durch den Kasernendruck schematisch unterbunden. Sie kann nur erfolgreich anerzogen werden im Milizsystem. Die Miliz jedoch ist als sozialdemokratische Forderung im höchsten Maße anrüchig. Man hat vor ihr die berechtigte Angst, daß sie sich zu einer wirklichen Volkswehr entwickeln wird, deren alleiniger Zweck es ist, das Volk und das Vaterland, nicht aber einzelne Throne und großkapitalistische Schmarotzer zu schützen. So stehen die bürgerlichen Heeresreorganisationen vor einem unheimlichen Dilemma. Lassen sie das stehende Heer mit seinem niederkriechenden Kasernendruck bestehen, so ist es den Anforderungen, die der moderne Krieg stellt, nicht gewachsen; so schreitet die innere Zersetzung, die statt zum beabsichtigten Kadavergehorsam zur Rebellion führen kann, immer rascher fort. Schreiten sie aber zur Verwirklichung der Miliz, so schaffen sie zwar eine kriegstüchtige Truppe, aber die läßt sich erst recht nicht wie eine Hammelherde leiten. Was tun?

Auch die Vorschläge des Generalmajors v. d. Lippe sind das reine Angelpredikat. Er sieht in der Miliz die einzige Rettung, aber er erkennt auch ihre großen Gefahren — für die herrschenden Klassen. Darum fordert er neben der Miliz ein — Berufsheer in Stärke von 200 000 Mann als unbedingt zuverlässige Polizeitruppe gegen den inneren Feind. Zu Beginn eines Krieges soll dieses Heer zunächst im Lande verbleiben zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Wie lächerlich komisch! Man denke: 200 000 Polizeisoldaten sollen die Ordnung aufrechterhalten, wenn das ganze Volk in Waffen starrt und reißt, seine Geschichte selbst in die Hand zu nehmen! Das glaubt der Herr Generalmajor doch wohl selbst nicht! Inbes verpricht er sich gerade von der Miliz eine immer mächtiger werdende Stütze für den Kapitalismus. Und doch muß er gestehen: „Die Reservisten, die jetzt bei der Mobilmachung unsere Cadavers füllen, kennen wir sehr wenig, in ihren moralischen Eigenschaften am wenigsten.“ Das stimmt zweifellos; denn es ist die notwendige Folge der völligen Isolierung des Offizierkorps. Aber es beweist doch, daß die Unzuverlässigkeit des Heeres schon jetzt den Offizieren wie ein Schreckgespenst im Nacken sitzt. Nun müssen wir zugeben, daß bei Einführung der Miliz im ersten Augenblick die Zuverlässigkeit des Heeres wieder wachsen und reaktionäre Tendenzen zeigen würde. Wie z. B. der Gebrauch des Frauenwahlrechts zuerst wahrscheinlich auch zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung ausschlagen würde. Allein das wäre nur zuerst. Sehr bald würde die Miliz einer gründlichen Zerlegung unterworfen sein. Sie muß sich in dem Maße zu einer wirklichen Volkswehr entwickeln, als die kapitalistisch-imperialistische Entwicklung, verbunden mit einer intensiven sozialistischen Aufklärungsarbeit, fortschreitet.

Und weil die Dinge so liegen, werden die Regierungen sich nicht zur Verwirklichung des Milizsystems entschließen. Sie befürchten, an ihrem eigenen Grabe zu schaukeln. Freilich wäre das der Weg zur friedlichen Entwicklung. Aber den wollen die Herrschenden nicht beschreiten. Darum werden sie es beim stehenden Heere lassen. Und wir beobachten gerade jetzt in dem kleinen „demokratischen Rußland“, in der Schweiz, wo das Milizsystem

noch besteht, eine starke Tendenz zur Verprechtung des Heeres. Das ist der Weg, den alle kapitalistisch-fortschreitenden Staaten mit Notwendigkeit betreten müssen. Es ist der Weg zur Katastrophe. Wir aber stehen der Entwicklung, mag sie nun so oder so gehen, in jedem Falle gewappnet gegenüber. So gewiß der Sozialismus den Kapitalismus ablösen wird, so gewiß wird auch die Volkswehr das stehende Heer ablösen. Die Vorschläge des Generalmajors v. d. Lippe aber sind von höchster symptomatischer Bedeutung und zeigen vor allem, wie wenig die Sozialdemokratie mit ihrer Milizforderung im Nebereich der Utopien schwelbt, was ihre Gegner besonders im Wahlkampf gern glauben machen wollen. —

Deutschland.

Schiffahrtsabgabe und Ausland.

Die deutsche Regierung hat nach einer anscheinend offiziellen Mitteilung die Verhandlungen mit Oesterreich, Island und der Schweiz über die deutschen Schiffahrtsabgaben bereits eröffnet. Der österreichischen Regierung soll der Vorschlag gemacht werden, die Uebe von Ausflüg bis Hamburg gemeinsam zu regulieren, um Trockenheitskatastrophen, wie die des letzten Sommers, künftig zu verhüten. Die deutsche Regierung halte an der Hoffnung fest, daß das Ausland sich davon überzeugen lassen werde, daß die Schiffahrtsabgaben tatsächlich nur Vorteile und Erleichterungen für die Schiffahrt bringen würden.

Diese Hoffnung wird ganz gewiß nicht in Erfüllung gehen. Das Ausland weiß ganz genau so gut wie das Inland, daß die Vernichtung der Abgabefreiheit auf den deutschen Strömen die Schiffahrt schwer schädigen wird.

Schließlich wird gesagt, daß die Schiffahrtsabgaben nicht zur Einführung gelangen würden, wenn diese Hoffnung fehlschlagen sollte. Freilich: wenn die Regierung nicht internationale Verträge grüßlich verletzen will, kann die Einführung der Schiffahrtsabgaben gar nicht erfolgen ohne Zustimmung des Auslandes.

Die Heeresforderungen kommen.

Wie ein Privattelegramm meldet, werden in der Militär-Politischen Korrespondenz Einzelheiten über die kommende Militärvorlage bekannt gegeben. Seit Monatsfrist liege die Vorlage schon fertig da. Es sei eine Novelle zum Quinquennialgesetz, an der Friedenspräsenzstärke solle nichts geändert werden. In Allenstein und Freiburg i. W. sollen neue Armeekorps errichtet werden, deren Bildung soll durch Abzüge bei den anderen Truppenteilen erfolgen. Vier Artillerieregimenter werden neu gebildet. Zu Wohlzwecken anscheinend wird noch mitgeteilt, daß die Mehrkosten von a h r s c h e i n l i c h durch einen Reichszuschlag auf die Einkommensteuer, jedoch nur für Einkommen über 5000 Mark, aufgebracht werden sollen. Man wird ja sehen, wie die Forderungen und die Deduktionen nach der Wahl aussehen werden!

Respekt vor junkerlichen Mördern! Die Revolveraffäre des Justizreferendars v. Knobloch, der, wie erinnertlich, vor einiger Zeit in Frankfurt a. O. einen Möbelpediteur niederschloß, kam in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Die Verantwortung der von Justizrat Schmid eingebrachten Interpellation wegen der Art der Verhaftung Knoblochs brachte kein Ergebnis. Oberbürgermeister Richter, der zugleich Polizeichef ist, wies zuerst darauf hin, daß den Stadtverordneten kein Kontrollrecht über die Tätigkeit der Polizeiverwaltung zustehe und führte dann die verpöbelte Abführung des sich auf sein Portepce berufenden Junkers und die Verhaftung durch einen Polizeieinspektor auf Zufälligkeiten zurück. Einer Kritik dieser Erklärung des Oberbürgermeisters wurde dadurch vorgebeugt, daß ein vom sozialdemokratischen Stadtverordneten Faber gestellter Antrag auf Besprechung der Interpellation mit 29 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde! — Die Bürger haben die Polizei zu bezahlen, dann aber das Maul zu halten und stramm zu stehen!

Aus Westpreußen.

Danzig.

In einer imposanten Wählerversammlung im Cafe Weinberg sprach am Sonntag der Reichstagskandidat, Genosse Martwald.

Der 12. Januar war ein Jubeltag. Die Niedergerittenen reiten. Wir hatten keine Angst, als vor fünf Jahren die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten sich verminderte, spornete das die klassenbewußte Arbeiterklasse an, kräftiger denn je zu agitieren. Redner hob einige wichtigere Siege hervor und wandte sich dann zum Danziger Wahlergebnisse. Die Wahlkreisverschiebung von Danzig-Stadt und -Land war wieder ein Teil der Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Danzig-Land muß unser werden, wenn die Liberalen gegen „rechts“ Front machen. Die Zentrumsarbeiter werden es sich auch überlegen, einen Feind des Koalitionsrechts zu wählen, wie es Dörksen ist. Durch äußerste Kraftentfaltung der Großen ist auch die Eroberung von Danzig-Stadt möglich. Die 7700 Nichtwähler müssen herangezogen werden. Die politischen Stimmen wird Weinhausen nicht erhalten, da ja die Liberalen den Polenparagrafen geschaffen haben. Ich lehne es ab, wie es hoffentlich auch die Liberalen tun werden, um die Hilfe des schwarz-blauen Blocks zu werben. Die kleinen Mittelständler finden Schutz nur bei uns. Wir verlangen, daß der Grund und Boden von Staat und Gemeinde aufgekauft wird. Zum Selbstkostenpreis können dann gesunde Wohnungen abgegeben werden. Als die Arbeiter für ein freies Wahlrecht zum Landtage demonstrierten, höhnten die Liberalen, die gleichen Liberalen, die in jedem ihrer Flugblätter angeblich für die Freiheit eintreten. Redner gab bekannt, daß in den Königsberger Eisenbahnwerkstätten am Wadi-tage folgender empörender Erlaß v r a n g t e:

In einem Aufsatze der Königsberger Volkszeitung vom 10. d. Mts.

wird der Versuch gemacht, zu den bevorstehenden Reichstagswahlen die Bediensteten zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zu verleiten, dadurch, daß eine 1903 im Lande gefallene mißverstandene Aeußerung des Herrn Ministers v. Rudde „die Eisenbahner mögen wählen, wie sie wollen, meinetwegen auch sozialdemokratisch“, in Erinnerung gebracht wird.

Diese Aeußerung bezweckte lediglich die Zurückweisung des Vorwurfs der Wahlbeeinflussung und darf keineswegs so aufgefaßt werden, als ob die Bediensteten ihre Stimme zugunsten des Sozialdemokraten abgeben dürfen.

Jeder Eisenbahnbedienstete, welcher die sozialdemokratischen Bestrebungen durch Abgabe seiner Stimme für einen sozialdemokratischen Kandidaten unterstützt, wird nach den mehrfachen Befehlungen und Ermahnungen die Kündigung des Dienstverhältnisses zu gewärtigen haben.

Krüger.

Martwald forderte Herrn Weinhausen auf, sich öffentlich mit aller Schärfe gegen den ungesetzlichen Terrorismus der Königsberger Eisenbahnverwaltung zu wenden und uns darin beizustehen, gegen den empörenden Erlaß die Öffentlichkeit anzusprechen. Wenn ein konservativer Landrat unter Beilegung seines Amtes einen Wahlaufruf gegen einen Liberalen unterzeichnet, wenden sich die Fortschrittler mit Recht dagegen. Aber ein solches Verhalten ist ein

Kinderpiel im Vergleich mit dem dreifachen Angriff der Königberger Eisenbahnverwaltung gegen die Wahlfreiheit der Eisenbahner. Mit der Aufforderung, den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen, schloß Martwald seinen oftmals durch Befehl unterbrochenen Vortrag. Genosse Sellin forderte die Anwesenden auf, sich regen an der Wahlarbeit zu beteiligen und sich im Wahlbureau, Dornitzwall 8, zu melden.

Mit einem etwa 3000 stimmigen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Auf dem Bau des katholischen Pfarrhauses in Emaus arbeitete der Maler Lemke, der unter seinen Mitarbeitern einige Handzettel zu Wählerversammlungen verteilte. Das war dem Bauherrn Grund genug, auf die Brotlosmachung des Malers zu bestehen. Der Malermeister mußte sich, wie er versicherte, leider fügen, da ihn der Kontrakt zwingt, in solchen Fällen die Entlassung zu veranlassen. Politische Agitationen müssen so gehandelt werden.

Dabei liegt in der Sakristei der Kirche ein Posten zentraler Flugblätter. Es soll wohl auch nur die Agitation für die moderne Arbeiterbewegung durch den erwähnten Kontrakt getroffen werden.

So achten die herrschenden Klassen die Ueberzeugungen der Arbeiter. Jeder „Hochgeborene“ darf alle Freiheiten beanspruchen; jeder denkende Arbeiter soll dagegen Lohnsklave und nichts als Lohnsklave sein.

Danzig-Land.

Zur Stichwahl in Danzig-Land.

Sonntag, den 14. Januar, fanden im Landkreise 13 sehr gutbesuchte Wählerversammlungen statt. Die Stimmung der Wählermassen war geradezu ausgezeichnet. Laute Bravorufe ertönten überall, wenn unsere Redner das Resultat der ersten Wahlschlacht mitteilten. Helle Begeisterung strahlte aus allen Augen. Überall versprachen die Anwesenden, mit verdoppeltem Eifer die zweite Schlacht zu wagen. Die Heubendbrändische Parole: Es geht aufs Ganze! wird sicher von jedem freiheitlich gesinnten Menschen befolgt und in unserem Interesse angewendet und ausgenutzt werden.

Wir aber sagen Dank allen unseren Freunden und Parteigenossen für ihre aufopferungsfreudige Tätigkeit im Dienste der Partei und rufen ihnen zu: Auf zum zweiten Sturm gegen die geborstene Junkerfeste! Reißt sie völlig nieder! Organisiert den Stichwahlkampf mit dem Schlachtruf: Nieder mit den Konservativen!

Herunter mit der konservativen Fahne!

Noch einmal gilt es, die Kräfte zu messen! Die Stichwahl erst muß die Entscheidung bringen, wie in den nächsten fünf Jahren unser Wahlkreis im Deutschen Reiche vertreten sein soll: konservativ oder sozialdemokratisch?

Wähler! Sollen wir Euch noch einmal alle die Untaten ins Gedächtnis zurückrufen, die die Konservativen in den letzten fünf Jahren dem deutschen Volke angetan haben? Sie in erster Linie sind es gewesen, die den Nacken des arbeitenden Volkes bepackt haben mit einer ungeheuren Last neuer Steuern! Daß Bier und Schnaps, daß Kaffee und Tee, daß Zigarren und Streichhölzer verteuert worden sind, ist in erster Linie das Werk der Konservativen! Und warum wurden Euch alle diese neuen Lasten — etwa eine halbe Milliarde jährlich — zu allen den früheren Lasten noch dazu aufgepackt? Weil die Konservativen es mit Aufgebot ihrer ganzen Kraft zu verhindern suchten, daß auch die Reichen entsprechend ihrer Steuerkraft zu den Reichsausgaben herangezogen würden! Neue Militär-, Flotten- und Koloniallasten bewilligen die Konservativen stets in größtem Maßstabe, bezahlen aber soll immer das arme Volk! Die Konservativen haben gerade während des letzten Wahlkampfes unausgeseht gesät und neuen Ausnahmesteuern gegen die politische und gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung! Nicht neue Rechte und Freiheiten wollen sie für das deutsche Volk, sondern neuen Druck und neue Knechtschaft! Während selbst China zu einem modernen Verfassungsstaate wird, soll in Deutschland der Rückschritt Trumpf sein! Denkt daran, wie die Konservativen noch stets ihrem glühenden Haß gegen das Reichstagswahlrecht unverhohlenen Ausdruck gegeben haben! Geht es nach dem Willen der Konservativen, so ist dies die letzte Wahl, die wir unter dem geltenden Reichstagswahlrecht erleben! Wähler! Wollt Ihr wirklich selbst durch die Wahl einer Konservativen das Messer schleifen, das man Euch an die Kehle legen will? Das kann und darf nicht sein!

Denkt an den Raub des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen! Denkt an die brutale Ablehnung aller sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokratie durch die Konservativen! Denkt an die Entrechtung der Jugendlichen, die Entrechtung der fremdsprachigen Arbeiter bei der Beratung des Vereinsgesetzes! Denkt daran, daß die Konservativen von keiner Maßnahme gegen die Teuerung etwas wissen wollten!

Denkt daran, welche überaus wichtigen Entscheidungen auf dem Gebiete der Zoll- und Wirtschaftspolitik, des Strafrechts, des Verfassungswesens, der internationalen Politik in den nächsten fünf Jahren im Reichstage zu treffen sind! In allen diesen Fragen sind die Konservativen die geschworenen Feinde des Volkes! Selbst der deutsche Reichstagskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, hat den Konservativen im Reichstage (Sitzung vom 10. November 1911) offen ins Gesicht gesagt, daß ihre zur Schau getragene „patriotische Besorgnis“ nichts anderes sei als elende Wahlmacherei!

Wähler! Und dem Kandidaten einer solchen Partei sollte unser Wahlkreis in den Reichstag verbleiben? Nein und dreimal nein!

Vor der Hauptwahl haben auch Sozialdemokratie und Liberalismus in diesem Wahlkreise aneinander die Klauen gekreuzt. Jetzt aber gilt es, dem gemeinsamen Ziel zuzustreben. Dies Ziel heißt: Niederwerfung des Konservativen!

Jeder liberale Mann, dem es ernst ist mit der Fortdieses Staates, der ehrlich bestrbt, für die Befreiung liberaler Forderungen einzutreten, muß am Stichwahltag gegen die Konservativen stimmen, der muß seine Stimme abgeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Das deutsche Volk muß endlich befreit werden von dem Alp der konservativen Schreckensherrschaft, von dem Druck der antimilitärisch durchsuchten; junkerlichen Reaktion, von der Last des schwarz-blauen Blocks! Deshalb gilt es, den letzten Mann an die Urne zu bringen gegen den Konservativen!

Keiner darf am Tage der Stichwahl zu Hause bleiben! Auf jede einzelne Stimme kommt es diesmal an! Eine Stimme kann es sein (und ist es manchmal schon gewesen!), die die Entscheidung herbeiführt! Deshalb: Heran zur Wahlurne!

Auch diejenigen dürfen und müssen am Tage der Stichwahl ihre Stimme abgeben, die bei der Hauptwahl nicht gewählt haben!

Ihr Nichtwähler vom 12. Januar! Holt wenigstens jetzt das bei der Hauptwahl Versäumte nach! Erfüllt wenigstens jetzt Eure staatsbürgerliche Pflicht, nicht wenigstens jetzt Euer höchstes staatsbürgerliches Recht aus!

Eure Parole sei: Nieder mit Dörksen!

Reichstagsstichwahl Elbing-Marienburg.

In der Stichwahl zwischen Oldenburg und Schröder fordern wir die sozialdemokratischen Wähler zur Stimmenthaltung auf. Nähere Begründung dieses Beschlusses erfolgt in der Freitagnummer der Volkswacht. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die sozialdemokratische Parteileitung für Elbing-Marienburg.

Der Reichstagskandidat Artur Crispian.

Die Wahlschlacht.

Die brutale Faust der Reaktion.

Wie notwendig es ist, daß das deutsche Volk bei den Stichwahlen vollendet, was am 12. Januar begonnen wurde: Niederung der Reaktion! dafür spricht auch die Thronrede, mit der am 15. Januar das preussische Dreiklassenhaus eröffnet wurde. Zwei Fragen verdienen höchste Beachtung:

In der Thronrede wurde erklärt:

„Als ein löstlicher Schaden hat sich namentlich in größeren Städten das immer mehr um sich greifende Ausbeuten der Armenpflege durch arbeitscheue und faule Rührpflichtige fühlbar gemacht. Dem soll ein bereits fertiggestellter Gesetzentwurf durch Einführung des Zwanges zur Arbeit entgegenwirken.“

„Echt preussisch! Nicht den Ursachen des Massenelends soll zu Leibe gerückt werden! Die bürgerliche satte Moral sieht eben in jedem Arbeitslosen einen Arbeitscheuen. Zwangsmaßnahmen gegen das Proletariat auf allen Gebieten, das ist die letzte Hoffnung der Herrschenden. Der Bericht meldet, daß diese Stelle der Thronrede von den bürgerlichen Abgeordneten mit Beifall begrüßt wurde.“

Der Kampf gegen die Notleidenden soll seine würdige Ergänzung in verstärkter Verfolgung der Arbeiterjugend finden. Darüber sagt die Thronrede:

„Der schulentlassenen Jugend wendet die Staatsregierung unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Das unter die Leitung des Kultusministers gestellte Werk der Jugendpflege, von der freudigen Zustimmung und der Unterstützung weitester Volksschichten getragen, schreitet kräftig fort; zu seiner weiteren Förderung ist eine Verstärkung der Staatsfonds im Etat vorgesehen.“

Der Preußenstaat hat für die Arbeitslosenfürsorge nicht einen Pfennig übrig. Desto mehr aber für die Kapitalisten, denen durch Staatssubventionen und hurratriotisch verpackte Arbeitslosen verschafft werden sollen.

Niemand unserer Genossen darf im Interesse des Volkes im Klassenkampf erlahmen, bevor nicht die gesamte Reaktion in den Orkus geschleudert ist.

Die Probe aufs Exempel.

Wenn etwas noch die Benutzung über den schönen Sieg, den die Sozialdemokratie am 12. Januar errungen hat, feigheit kann, so ist es das laute Klagegeschrei und Wehgeheul, das unser lieber Bechmann in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung anstimmen läßt. Also lautet die Beschwörung, die die bürgerlichen Parteien zur gemeinsamen Sammlung gegen die Sozialdemokratie bringen soll:

Die Hauptwahlen sind vorüber. Sie haben gebracht, was sie nach den erbitterten Kämpfen unter den bürgerlichen Parteien bringen mußten, einen beträchtlichen Gewinn der Sozialdemokratie. 64 Mandate haben nach den bisher vorliegenden Nachrichten die Sozialdemokraten im ersten Anlauf gewonnen. Sämtliche bürgerliche Parteien zusammen nur 144, davon das Zentrum allein 82, die Parteien rechts von ihm 46, der bürgerliche Liberalismus nur 4.

In 120 Wahlkreisen kommt die Sozialdemokratie zur Stichwahl. Nicht aus eigener Kraft kann sie dabei sitzen. Jedes Mandat, das sie noch erwirbt, wird sie dem deutschen Wähler danken. Die bürgerlichen Parteien selbst werden Schuld tragen, wenn die rote Flut noch weiter ansteigt.

In der Hauptwahl ist die Sozialdemokratie mit dem Schicksal verknüpft.

Geht sie auf, so fällt der konservative Reichstagsstand. Kampf bis zur Vernichtung den verträulichten Zentrumsvätern, unerbittliches Ringen mit den nationalliberalen Schanzmännern. Rührpflichtige Fehde mit den fortgeschrittenen Liberalen. Welche bürgerliche Partei kann gemeinsame Sache mit einem Gegner machen, der ihnen offen, wie der große bestehende Staatliche Ordnung, durch ungenügendes Maß so hochmütig ins Gesicht schlägt?

Und wie steht die Sozialdemokratie zu unseren nationalen Forderungen und Aufgaben?

Im Zentrum betreibt sie die Absperrung der Arbeiter von allen anderen Volksschichten. Der Klassenkampf ist ihr Lebenselixier. Ihre soziale Revolution mit Abschaffung des Privateigentums ist Ziel. Während sie so im eigenen Lande den Sch

führt und einen gewalttätigen Terrorismus gegen die Glieder des eigenen Volkes ausübt, huldigt sie nach außen dem Trugbild der allgemeinen Völkerverbrüderung. Deshalb ist sie die Hoffnung der fremden Feinde und Gegner des Deutschen Reichs. Wie bestürzt waren diese nach der unerwarteten Niederlage der Sozialdemokratie bei den Wahlen 1907! Wie werden sie frohlocken, wenn sich die Erfolge der sozialdemokratischen Partei am 12. Januar 1912 bei den Stichwahlen fortsetzen!

Nicht Mignam über diesen oder jenen mit Recht oder Unrecht als Übel empfindenden Zustand in Reich und Staat, nicht Rücksicht auf Parteivorurteile durch Wählern mit der Sozialdemokratie lenke den Schritt zur Stichwahl.

Nicht auf vergangenen Sünden der Parteien - auf die Zukunft der Nation richte sich der Blick!

Eine ausführliche Polemik wird man uns wohl erlassen. Wir werden Herrn von Bechmann nicht darüber belehren, daß der Klassenkampf, seitdem es ein Privateigentum gibt, die bewegende Kraft der Geschichte gewesen ist, und daß wir in dem Vorwurf, daß „Klassenkampf unser Lebenselixier“ sei, nur eine Anerkennung finden. Wenn aber die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sich erdreistet, die geschlossene Stellungnahme eines Drittels des deutschen Volkes zu verunglimpfen und ihr schmutziges Wahlgeschäft mit der Verleumdung zu betreiben sucht, daß unser Sieg die Hoffnung der fremden Feinde und Gegner des Deutschen Reiches sei, so wollen wir ihr darauf die Antwort allerdings nicht schuldig bleiben. Ja, wohl, unser Sieg ist die Hoffnung und der Jubel von Millionen, die außerhalb Deutschlands wohnen. Wo überall in der Welt Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage und ihrer geschichtlichen Aufgabe erwacht sind, da wird die Kunde von dem großen Siege des 12. Januar Begeisterung wecken, den Kampfesmut beleben und zu neuen Kraftanstrengungen anspornen. Aber diese Millionen sind nicht die Gegner des deutschen Volkes, sie sind unsere Brüder und Kampfgesossen. Die Gegner und Feinde des Deutschen Reiches finden sich nur in der schmalen Schicht, in deren Interesse und zu deren Nutzen die Greg, Cailaux und Aehrenthal ebenso regieren wie die Bechmann und feinesgleichen in Deutschland. Und ihre Hoffnung ist nicht der Sieg der deutschen Sozialdemokratie, der weit hinauswirkend auch in ihren Ländern die Partei der Freiheit und des Friedens stärkt, ihre Hoffnung ist höchstens die Unfähigkeit fremder Staatsmänner. Und die Herren Bechmann und Aehrenthal täten sehr gut daran, uns nicht zur Unterfuchung der Frage anzuregen, wessen Unfähigkeit nach dem Urteil der patriotischen Presse die „Gegner und Feinde des Deutschen Reichs“ ihre Erfolge zu verdanken haben. Dieser doch die chauvinistische Heze, durch die die Regierung der liberalen Parteien in den Berd der Reaktion treiben will, auch nicht gerade einen erhabenden Beweis diplomatischer Geschicklichkeit und noch weniger einen Beweis pflichtgemäßer Gewissenhaftigkeit, die angesichts einer noch immer gespannten internationalen Lage sich von solchen Ausschreitungen fernhalten würde.

Die Stichwahlen in Preußen. Wie gemeldet wird, legte die preussische Regierung den Wahlkommissionären nahe, die Stichwahlen in der Zeit vom 20.-25. Januar vorzunehmen. Der 23. und 24. Januar sollen von Stichwahlen freigelassen werden, da sonst die Ermittlung des Wahlergebnisses am Kaisers Geburtstag oder am Sonntag erfolgen müßte. Und da will man die Herren Wahlkommissare nicht mit Arbeiten belästigen.

Aus Westpreußen.

Danzig.
Parteigenossen!

Bis zum Stichwahltag sind noch einige dringende erforderliche Arbeiten zu verrichten, welche nur durch Mithilfe aller Genossen bewältigt werden können. Wir ersuchen deshalb alle Genossen, die irgend über etwas freie Zeit verfügen - auch Pfennigs - sich unbedingt heute und die folgenden Tage Dominikswall 6, dem Wahlkomitee freiwillig zur Verfügung zu stellen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. A. Eugen Sellin.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie griff, trotzdem er hier nicht einmal einen Vorstehenden für seine neue Ortsgruppe fand, bereits zur Hauptwahl in die Agitation ein. Er ließ durch Plakate zur Abstimmung für die bürgerlichen Kandidaten auffordern. Dabei ging er aber noch anonym vor und verheimlichte seine Urheberchaft. Zur Stichwahl tritt er aber offen als Schutzpatron aller bürgerlichen Parteien auf den Plan. Durch Inserate in allen bürgerlichen Blättern beruft er zum Dienstag in das Schützenhaus eine angeblich öffentliche Versammlung ein. Dort soll die Stichwahlparole: Kampf gegen die Sozialdemokratie strapaziert werden. Sozialdemokraten sind von der Teilnahme an dieser Helden-Versammlung ausdrücklich ausgeschlossen. Aber auch von den staatsbehaltenden Patrioten sind nur die vaterlandsliebenden geladen.

Die Danziger Zeitung notiert diese düstige Hilfe in ihrem Redaktionsteil schon wieder ganz blockartig vergnügt. Wir wüßten nicht, welchen Anlaß wir haben sollten, uns über den Einzug des Reichsverbandes zu erregen. Sachlich hatte ihn die wahrhaftige Kampfesweise des Danziger Zeitungsfreisinn und besonders die des Zentrums doch schon sehr häufig erlebt.

Einen Nagel zum eigenen Sarge

hat der bisherige Abgeordnete des Danziger Kommerzienratsfreisinn, Konfdirektor Mommsen, seinen lieben Danziger Freunden telegraphisch gesendet. Der Kernsatz mußte - freiwillig fort von der Kandidatur, um einem Danziger Kandidaten Platz zu machen. Er wollte abflot nach Berlin, um als siegreicher Reide den Wahlkreis 2 von der Sozialdemokratie zu befreien. Schauerhaft ist er nun in die Pfanne gehauen und nicht einmal in die klägliche Stichwahl gekommen. Und jetzt mußte er noch seinem - Berliner Nachfolger im Danziger Wahlkreise zu seinem größeren Glück gratulieren!

Bei so viel Pech können auch wir mit unserm tiefgefühlten Beileid nicht zurückhalten.

Freisinnige Erbarmlichkeit!

Unser Leser wissen, daß am 7. Januar im Gewerbehaus und im Niederstädtischen Gesellschaftshaus zwei allgemeine Wählerpersammlungen stattfanden, zu der alle Parteien und sämtliche Kandidaten eingeladen waren. Die Danziger Zeitung des „freisinnlichen“ Weinhausen-Freisinn denunzierte diese Versammlungen und die Herren, die sie arrangiert hatten, als sozialdemokratisch. Wer da weiß, daß der Liberalismus in Danzig dafür gesorgt hat, daß die Sozialdemokratie in der inneren Stadt keinen einzigen größeren Saal erhält, der weiß, was diese Kennzeichnung beabsichtigte. Wir haben diese heimtückische Method denn auch tüchtig in unserer Nummer vom 11. Januar so kritisiert, wie es notwendig war. Wir erinnern dabei auch an den einstimmigen Beschluß des Kommunalratsfreisinn, der den sozialdemokratischen Antrag auf unparteiliche Ueberlassung der geplanten Stadthalle an alle Bürger ablehnte.

Am 12. Januar antwortete uns die Danziger Zeitung in ihrer Abendausgabe. Die Antwort ist eine so unlagbar niederträchtige Vernehmheit, daß wir sie nur durch wörtliche Wiedergabe in der gebotenen Weise züchtigen können:

Politische Selbsteinschätzung. Mit einer wahren Flut von Sottisen aus dem Lexikon für „Sauerherdentou“ hält das hiesige sozialdemokratische Organ „Volkswacht“ uns vor, wir hätten zwei hier am Sonntag abgehaltene Versammlungen, die in überwiegender Mehrheit von Anhängern der Sozialdemokratie besucht waren, dadurch furchtbar herabgejeht, daß wir - eine Vermutung vieler anderen leitend - irrtümlich sie als „sozialdemokratische Versammlungen“ bezeichnet haben. Wir sind nicht so boshaft, dem sozialdemokratischen Organe zu dieser Selbsteinschätzung seiner Parteirichtung zu gratulieren - klassisch in ihrem Mangel jeglicher Ueberlegung und wenig schmeichelhaft für die Genossen bleibt sie immerhin.

Wer also dagegen protestiert, daß gegen an eine bodenlos wahrheitswidrige terroristische Heze geritten wird, der mißachtet seine eigene Ueberzeugung! Die Nichtswürdigkeit, die zu dieser Vernehmheit gehört, trauten wir selbst dem Börsenblatte bisher noch nicht zu. Jetzt sind wir aber auch davon überzeugt, daß diese „freisinnige“ Zeitung die Verantwortlichen der Versammlungen durch die Kennzeichnung als Sozialdemokraten nur - ehren wollte. Ob

Enorm billiger Möbel-Verkauf!

- Kleiderschänke v. 20 Mk. an
- Verikos von 26 k.
- Sofas von 35 k.
- Chaiselongues von 12 k.
- Tische von 8 k.
- Stühle von 2,50 k.
- Pfeilerspiegel von 9,50 k.
- Parabretter von 3,50 k.
- Etageren von 8,50 k.
- Waschtische von 29 k.
- Küchenschränke von 24 k.
- Bettstellen von 15 k.

nur im Möbelkaufhaus Breitgasse 16.

Inventur-Ausverkauf

Dienstag, den 16. Januar

bis

Sonnabend, den 20. Januar

Die Preise für sämtliche Schuhwaren und Filzsachen sind bedeutend herabgesetzt. Beachten Sie meine Schaufenster



Schuhwarenhaus

Tuchler, Holzmarkt 19.

Arbeiter! Frauen! berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten der Volkswacht.

Sehr billigen Produkten in der Zeit so können Sie sich auch leisten und Wohlgefallen. 20 Toppfen für 10 Pfennig.

Immer Günstigste mußst es!

